

Arbeitgeberangebot unverschämt!

Streiks ausweiten – für die volle Durchsetzung der Forderungen!



Die Arbeitgeberseite hat trotz guter Gewinnsituation ein Angebot mit sage und schreibe 33 Monaten Laufzeit unterbreitet, wovon sogar fünf Leermonate sein sollen. Das ist unverschämt und inakzeptabel.

Die Forderung nach 6,6 Prozent bzw. 120 Euro für Auszubildende und Studierende monatlich mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten bleibt daher das Mindeste, was erkämpft werden muss, um deutliche dauerhafte Reallohnverluste zu vermeiden. Zusätzlich müsste eigentlich die Forderung nach einem automatischen Inflationsausgleich gestellt werden. Denn je nachdem, wie sich die Weltwirtschaft weiter entwickelt, kann die Inflation noch deutlich ansteigen. Daher sind solche langen Laufzeiten abzulehnen!

Milliardengewinne – Deutsche Telekom ganz vorn!

Trotz Umsatzrückgängen haben viele Dax-Konzerne im ersten Quartal dieses Jahres höhere Gewinne verzeichnet. Das Manager Magazin vom 16.05.2026 schreibt: „Die höchsten Quartalsgewinne verzeichneten die Deutsche Telekom (5,8 Milliarden Euro), die Allianz (4,5 Milliarden Euro) und Eon (3,9 Milliarden Euro).“



Diese Ergebnisse haben aber die Beschäftigten erwirtschaftet! Nun

soll es aber nicht bei ihnen ankommen, stattdessen sollen Personalkosten weiter gedrückt werden!

Künstliche Intelligenz

Gleichzeitig droht der Vorstand erneut mit Arbeitsplatzabbau, besonders aufgrund des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz. So setzen die Bosse ver.di und den Kolleg*innen die Pistole auf die Brust, weniger Lohnerhöhungen zu akzeptieren für den angeblichen Erhalt von Arbeitsplätzen.

Doch Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze! Im Gegenteil. Je mehr man sich auf dieses Spiel einlässt, umso stärker wird die Position der Arbeitgeberseite. Je selbstbewusster gekämpft wird, umso weniger werden die Arbeitgeber dieses Spiel fortsetzen können. Außerdem muss der Einsatz von KI und Produktivitätssteigerungen den Beschäftigten zugute kommen, durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Telekom zurück in öffentliches Eigentum

Wenn gesagt wird, dass niedrigere Löhne und Stellenabbau aufgrund des Konkurrenzdrucks akzeptiert werden müssen, dann spricht das gegen das Prinzip von Konkurrenz und Profitausrichtung. Denn Konkurrenzdruck verursacht viel Verschwendung, zum Beispiel für Werbung und den parallelen Ausbau von Netzen und Trans-

portketten durch verschiedene Unternehmen. Und die Profite landen vor allem bei den Großaktionär*innen.

Eine staatliche Telekom unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Verbraucher*inneninitiativen könnte dagegen die Interessen der Verbraucher*innen besser berücksichtigen, als auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten deutlich verbessern. Ver.di sollte deshalb die Forderung formulieren, dass Infrastruktur und Kommunikationsdienste als Teil der Daseinsvorsorge zurück in öffentliches Eigentum überführt werden müssen. Darüber könnte auch die Solidarität für den Streik gestärkt werden.

Erzwingungsstreik

Es wird immer deutlicher: Allein mit routinemäßigen Warnstreiks reicht der Druck nicht aus. Gerade in der jetzigen angespannten Lage, in denen die Preise voraussichtlich weiter steigen werden, ist es wichtig, eine Perspektive für die Durchsetzung der Forderungen aufzuzeigen. Dazu wäre es nötig, sich auf eine Urabstimmung zum Erzwingungsstreik vorzubereiten. Dafür sollten bei den Warnstreiks überall Versammlungen und anschließende Streikkundgebungen stattfinden. Es ist wichtig, relativ bald alle Beschäftigten an einem gemeinsamen Streiktag rauszuholen, um Stärke zu demonstrieren.

Koordination mit anderen Streiks

Gerade in Zeiten wie jetzt sollten Kolleg*innen aus verschiedenen Bereichen im Kampf zusammen auf die Straße gehen können. Schließlich sind alle von den massiv steigenden Preisen be-

troffen. auch, wenn die Verhandlungen mit unterschiedlichen Arbeitgeber*innen stattfinden. Das heißt, ver.di sollte zu gemeinsamen Streikkundgebungen zum Beispiel mit den Beschäftigten im Groß-, Einzel- und Versandhandel aufrufen, um gemeinsam mehr Stärke zu zeigen.

Streikdemokratie

Wichtig ist auch, dass die Streikenden das Heft im Arbeitskampf selbst in der Hand halten. Die diesjährige Tarifrunde basiert zwar auf einem breiterem Beteiligungsprozess mit Befragungen im Vorfeld. Doch entscheidend ist, inwieweit die Mitglieder aktiv in Entscheidungsprozesse über Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsangeboten und die Ausweitung von Streikmaßnahmen eingebunden werden. Werden die Streikenden jeweils nur zu einzelnen Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen, ohne selbst in die Diskussionen über Strategie und die jeweiligen Angebote eingebunden zu sein, entsteht ein Gefühl von Passivität. Können die Gewerkschaftsmitglieder im Arbeitskampf aber selbst mitentscheiden, kann das auch zu einer größeren Streikbereitschaft und damit der Kampfkraft führen. Es kann auch dazu genutzt werden, um nachhaltig gewerkschaftliche Strukturen in den Betrieben zu verbessern und neue Aktivenstrukturen zu schaffen. Daher ist es wichtig, regelmäßige Streikversammlungen abzuhalten, auf denen die Streikenden diskutieren können. Gewählte Delegierte aus den verschiedenen Standorten sollten auf einer Streikdelegiertenkonferenz zusammen kommen, um in Rückkopplung mit den streikenden Kolleg*innen vor Ort über Verhandlungsstand und alle nächste Schritte im Arbeitskampf zu entscheiden.

Nein zu Angriffen der Bundesregierung

Während Milliarden in die Aufrüstung fließen, wird im Gesundheitswesen und im Sozialbereich der Rotstift angesetzt. Besonders deutlich zeigt sich dies an der geplanten Gesundheitsreform von Ministerin Nina Warke (CDU). Diese sieht allein in der gesetzlichen Krankenversicherung Einsparungen von mehr als 16 Milliarden Euro vor, was von der Gewerkschaft ver.di als „Kürzungssorgie“ auf Kosten der Patienten und Beschäftigten scharf kritisiert wird. Denn es bedeutet zum einen noch weniger Personal, weitere Krankenhausschließungen, aber auch höhere Zuzahlungen und weitere Verschlechterungen für Kassenpatient*innen! Als nächstes stehen aber auch Angriffe auf Renten, Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und anderes an. Es braucht massiven Widerstand der gesamten Gewerkschaftsbewegung!

Gemeinsam demonstrieren – Hannover 10. Juni

Die gerade laufenden Tarifkämpfe sollten deshalb auch mit Mobilisierungen gegen diese Pläne der Bundesregierung verknüpft werden. Eine Möglichkeit, Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen gemeinsam auf die Straße zu bringen, ist die von ver.di angesetzte Demonstration zur Gesundheitsministerkonferenz in Hannover am 10. Juni! Hierzu gibt es Busse von ver.di. Alle, die sich in Tarifaueinandersetzungen befinden sowie die Beschäftigten im Gesundheitswesen und darüber hinaus sollten an diesem Tag gemeinsam nach Hannover! Dies sollte umgehend in die Streikplanung aufgenommen werden.

Bringt Vorschläge in eure Gewerkschaft ein. Macht mit beim Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di!

**Infos zu Treffen auf unserer Homepage: www.netzwerk-verdi.de
Oder schreib uns: info@netzwerk-verdi.de**